

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
auswärts, Zustellungsgebühr, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
„Sozial-Zeitung“ eingetragen. Für an-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Sozial-Zeitung“ gestattet.
Serauf der Schriftleitung Nr. 1149,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1147,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe

Sozial-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. 3. Tagespost. 30 mm br. Kolonial-
zeile od. der. Raum mit 30 Pf. a.
10⁰ 1/2. Aufschlag berechnet und in auf.
Anzahlstellen u. allen Anzeigen
geschätzt. langen. Reklamen die 70 mm
breite Zeile 1 Mt. a. 10⁰ 1/2. Aufsch.
Anzeigen - Annoncenstellen vom.
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abba.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungszeit: sechs. Geschäft
tägl. 2 mal. Sonntags 1 mal. Schrift-
teil. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a. Dr. Braun-
haus. 17. Leben-Geschäftsstell. i
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 238.

Halle, Freitag, den 24. Mai.

1918.

Kölns Erzbischof über den Luftangriff.

Lebhafte Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen der Westfront. — Erfolgreiche Erkundungsunternehmungen.

Ein Schritt des Kölner Erzbischofs beim Papst.

Alle Prozessionen sollen zunächst in Köln unterbleiben. — Was der Papst bei den Feinden erreichen soll. — Anordnungen zum Schutze des kirchenbesuchenden Publikums.

Köln, 24. Mai. (Privattelegramm.) Der Kölner Erzbischof hat folgendes Schreiben an sämtliche Pfarren der drei Dekanate der Stadt gerichtet:

Infolge der in der letzten Zeit häufigen Fliegerangriffe sehe ich mich in der traurigen Notwendigkeit versetzt, daß bis auf weiteres alle Prozessionen zu unterbleiben haben. Damit aber wenigstens die große Fronleichnamsprozession ungehindert gehalten werden kann, habe ich den Papst gebeten, bei unseren Feinden sich zu verwenden, damit sie während dieser Feier jeden Fliegerangriff auf unsere Stadt unterlassen. Es sei abzuwarten, ob sie dieser Bitte Gewähr schenken. Im

übrigen werden zur größeren Sicherheit die Gläubigen verhängt, daß für alle einigermassen besuchten Gottesdienste sämtliche Kirchentüren offen bleiben müssen. Wenn während des Gottesdienstes Fliegeralarm ertönen sollte, so haben die Geistlichen die Gläubigen nach Möglichkeit zu beruhigen und aufzufordern, ohne Gedränge die Kirchen zu verlassen und sich in die umliegenden Häuser zu begeben. Jedemfalls muß der Geistliche die Kirche zuerst verlassen. An Stelle der Prozessionen sollen die Pfarren am Abend eine Betstunde veranstalten, um Gottes Schutz für unsere teure Metropole zu erbiten.

Amthlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 24. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Im Kesselgebiet, südwestlich der Eps und der Senne, südlich von der Somme sowie zwischen Moreuil und Montdidier lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf und war auch während der Nacht lebhaft. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungstouren beschränkt. Eigene Unternehmungen südwestlich von Bucquoy und an der Dille brachten Erfolge ein.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Die tägliche U-Boot-Beute.

Berlin, 23. Mai. (Amtlich.) Von unseren U-Booten im Sperrgebiet um England wiederbekommen 15 000 Brutto-Reserven-Tonnen schifflichen Handelswertes vernichtet. Die Erfolge wurden vornehmlich an der Küste Englands bei Harter (schifflicher Gegenwert) erzielt. 2 Dampfer aus Gelechtsigen betausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Schiffstaumot, Holz- und Papiermangel haben namentlich dahin geführt, daß die englischen Zeitungen ihren Umfang kürzen müssen. Zum erstenmal erschien am 4. Mai „Daily News“ in einem ganz kleinen Format und nur in einem Bogen. Der Verlag erklärt die Papierknappheit mit „Mangel an Schiffen, die zum Transport von Lebensmitteln und Truppen nötig sind“. Lebensmittel aber, wenigstens was Fleisch anbetrifft, sind ebenso knapp vorhanden wie Papier. Der Stadtvorstand der Rye führte am 16. April auf einer Verammlung der Handelschlichter in Birmingham aus: „Die Einschränkung der Fleischlieferung kann ernste Folgen haben. Abgeordnete aus Industriebezirken, besonders die Vertreter der Säugungsarbeiter, haben erklärt, daß die pro Kopf und Woche zuzunehmende Fleischmenge im Werte von 55 Pf. für Schwerarbeiter völlig unzureichend sind.“ Die demilitärisierten Lage der englischen Pferde liefert der Generalstabschef Fairholme vom König. Brit. Reichswehrverein in einer Zuschrift an die „Times“ vom 3. Mai. Darin heißt es wörtlich: „Durch Unterernährung und Überarbeitungen hängen unsere Land- und Stadtpferde dahin. Viele von ihnen hungern sich zu Tode, denn das Futter ist schlecht. Auf einigen Weiden liegt die Sterblichkeitsziffer um das Doppelte. Sie beträgt jetzt 50 Prozent.“

Auf diese Erscheinungen sind auf die Rohstoff verteilende Wirkung des U-Boot-Krieges zurückzuführen.

Die Wirkungen des U-Boot-Krieges.

Rotterdam, 24. Mai. (Privattelegramm.) Die einschneidenden Nachrichten der letzten Zeit bezeugen die Wirkungen des U-Boot-Krieges der letzten Wochen auf England als sehr schwere. Die Nahrungsmittelverfügbarkeit sollen besonders in einigen Industriezentren sehr ernst sein.

Das letzte Luftbombardement von Paris.

Genf, 24. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Unter den die Mitternacht von deutschen Fliegern mit Bomben besetzten Driftorten nördlich Paris wurden durch Bombardierungen geschädigt: Saint Denis, Montdidier, Bondy, Saint Vincennes. Nach Mitternacht wurden die Drie Argenteuil, Montmorency, Saint Germain bombardiert. Die im Nordosten und Nordwesten operierenden deutschen Abteilungen hatten sich im Morgengrauen in der Nähe von Compiègne vereinigt. Weitere Spuren schienen. Die französischen Beobachter, vorzugsweise Jägerbataillonen, signalisierten in der zweiten Morgenstunde, daß kein einziges Flugzeug in Sicht sei.

Der Rücktritt des finnischen Generals Mannerheim.

Ein Konflikt in Finnland.

Frankfurt a. M., 24. Mai. (Priv.-Tel.) Die „Frankfurter Zeitung“ erklärt aus Stockholm zum Inhalt des Generals Mannerheim, dem wohl ausschließlich normale Ursachen zugrunde liegen: „Besonders vertritt der Senat innerpolitisch nachdrücklich eine demokratische Richtung, ausserpolitisch einen Gedanken eines engen Anschlusses an Deutschland. Wie verstanden, sollte sich die schwedischen Offiziere im Sinne Mannerheims dem Vorhaben ihres Chefs angeschlossen haben. Es ist anzunehmen, daß es der Autorität Schwabens entgegenwird, den Konflikt beizulegen, obwohl dem bisherigen Oberbefehlshaber aus wegen seiner unklaren Haltung in der letzten Frage vorliegende Gegenstände sind.“

Die baltische Frage.

Berlin, 24. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Das deutsche Auswärtige Amt hat, wie wir hören, am 19. ds. M. dem hiesigen Vertreter der russischen Regierung, Herrn Joffe, eine Erklärung des Vorhergehenden der vereinigten Landesräte überreicht, in der die förmliche Lösung der Provinzen Estland und Liffland von Rußland vorgezogen wird.

Weiterer holländischer Dampfer aufgebracht.

Saag, 24. Mai. (Priv.-Tel.) Die „Reif. Jtg.“ meldet: „Daily Telegraph“ meldet: Die niederländische Schiffahrtsgesellschaft Transatlantiek hat einen Bericht erhalten, daß der Dampfer „Teubart“ nach Eimendamb aufgebracht wurde. Der Dampfer war mit Eisenbahn und Holz beladen und befand sich auf dem Wege nach Amsterdam.

Der Ausgang des Krieges.

Rotterdam, 24. Mai. (Privattelegramm.) „Daily Telegraph“ schreibt: Der Ausgang des Krieges wird im nächsten halben Jahre entschieden werden. Das deutsch-englische Ringen wird den Kampf der beiden Mächtegruppen überhaupt entscheiden.

Erste Depeschen siehe auch Seite 3.)

Das neue Aktionsprogramm der Sozialdemokratie.

Auf dem Würzburger Parteitag der Sozialdemokratie im vorigen Jahre war der sozialdemokratische Parteivorstand beauftragt worden, eine Kommission einzusetzen, die den „Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie“ auf der Grundlage der durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausarbeiten und dem Parteitag in der nächsten Sitzung vorlegen sollte. Die Kommission, die die Arbeit übernahm und ausführte, bestand aus zwei sozialdemokratischen und sechs nicht-sozialdemokratischen Mitgliedern. Es haben nach dem „Vorwärts“ daran mitgearbeitet Auer-Wandau, Cunow-Berlin, Reif-Ertrugart, König-Dortmund, Landsberg-Wegberg, Leber-Breslau, Raeplov-Hamburg und Wiffel-Berlin. Das Ergebnis der Arbeit ist gestern im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Dieses Aktionsprogramm soll durchaus kein selbständiges Aktionsprogramm der Sozialdemokratie darstellen, sondern lediglich eine Ergänzung des Erfurter Programms. Es beschäftigt sich dann auch in der Hauptsache mit den Erfordernissen der Kriegs- und Uebergangzeit. Hierzu hatte das sozialdemokratische Zentralorgan einleitend bemerkt: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kann und darf sich nicht von den Ereignissen treiben lassen und der durch die soziale Entwicklung zu gesteigerter Wachstums verlangten Staatsgewalt die Durchführung der Neuerung entgegenstellen, sie muß in zielbewusster Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken.“

Die sozialdemokratische Partei fordert zur Verhinderung schwerer Wirtschaftskrisen die vorläufige Beibehaltung der Lebensmittelanforderung und der Höchstpreisbeschränkungen, soweit sich dies nach Friedensschutz für die ausreichende Versorgung der minderbemittelten Volksteile mit den erforderlichen Nahrungsmitteln als nötig erweist. Das ist eine Forderung, die sich mit den berechtigten Ansprüchen durchaus deckt. Auch von amtlichen Stellen ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, daß Lebensmittelanforderung und Höchstpreise noch geraume Zeit über den Friedensschutz hinaus beibehalten werden müssen. Weiter verlangt die Sozialdemokratie Organisation der Lebensmittelzufuhr, des Rohstoffbesatzes und der Rohstoffverteilung sowie des Exportes unter staatlicher Leitung und Aufsicht, belagerte Hebung derjenigen Teilsdände der deutschen Wälfte im Auslande durch geeignete handelspolitische und finanzwirtschaftliche Maßnahmen. Auch diese Forderungen enthalten kaum etwas Neues. Die sozialdemokratische Gedanke kommt stärker zum Ausdruck bei der Forderung, daß zur Sicherung einer möglichst ungehemmten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr der gesamten deutschen Wiedergeburt einschließlich der Binnen-schiffahrt unter Staatsaufsicht zu stellen ist. Die weitere Forderung, wonach Staat und Gemeinde Anträge zu treffen haben, daß die zur Entlastung aus dem Kriegsdienst gelangenden Arbeiter und Angehörigen möglichst in den Industrie- und Handelsbetrieben ihres Berufsgebietes untergebracht werden und daß zu diesem Zweck die Arbeitsvermittlung planmäßig organisiert werden soll, ist bereits seit langem von den bürgerlichen Parteien und von den Berufsorganisationen gestellt worden. Durch Inangriffnahme von nützlichen Staats- und Gemeindeforderungen ist für ausreichende Beschäftigung der nicht unterkommenden Arbeiter zu sorgen. Ernste Beachtung verdient der Gedanke einer Arbeitslosen-Unterstützung aus Reichsmitteln für die Zeit nach dem Kriege, wenn man sich auch der Schwierigkeiten der Selbstbeschäftigung nicht verschließen darf. Weiter fordert die Sozialdemokratie eine Beteiligung der Arbeiter an den Organisationen der Uebergangzeit wirtschaftlich. Auch diese Forderung darf lebhafter bürgerlicher Unterstützung sicher sein. Bei dem allgemeinen Ausbau spricht das Aktionsprogramm von Arbeitern, Arbeitern, nicht mehr, wie früher, von Arbeiterkammern. Es wendet sich weiter gegen die monopolistischen Wirtschaftsgüter. Weiter tritt es für Maßnahmen ein, die einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege unmöglich machen.

Die allgemeinspolitischen Forderungen sind so ziemlich die alten. Es fehlt die Forderung eines gleichmächtigen 20. Lebensjahrs an wieder ohne Unterschied des Geschlechts, und zwar für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und Gemeinden. Die

